

Vierte Internationale

Ein bedeutendes Erbe – das Übergangsprogramm von 1938

Über 80 Jahre alt und dennoch aktuell*

HEINRICH NEUHAUS

Der Kapitalismus befindet sich dreißig Jahre nach seinem vermeintlichen „Endsieg“ in einer historischen Krise. Wirtschaftlich, sozial, ökologisch, politisch, kulturell und moralisch.

Zum Glück für die Herrschenden ist aber die Klasse, die ihn alleine überwinden kann, nach wie vor nicht auf der Höhe der Zeit. Die Überreste der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kran-

ken weiter an dem vergifteten Erbe des 20. Jahrhunderts, an dem Scheitern von Sozialdemokratismus und Stalinismus sowie an den Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus.

Zwar hat Kapitalismuskritik wieder eine gewisse Konjunktur, aber Vorstellungen von dem Weg zu einer sozialistischen Alternative sind nur bei einer winzigen Minderheit ansatzweise vorhanden.



Ausschnitt aus Diego Riveras Fresko „Der Mensch am Scheideweg / Der Mensch kontrolliert das Universum“, 1934, Museo del Palacio de Bellas Artes.

Dieser Zustand ist umso bemerkenswerter, als die heutige Welt im Überfluss über alle Mittel verfügt, um der Menschheit die Befriedigung aller Grundbedürfnisse garantieren zu können: Ernährung und Kleidung, Gesundheitsvorsorge, Bildung und Ausbildung, sinnvolle Arbeit, Wohnen, ökologische Energieerzeugung und Verkehrsmittel sowie nicht zuletzt freien Zugang zu Kultur und Medien.

Der Kampf um die Macht

Erst in der imperialistischen Phase des Kapitalismus gewann der Kampf um die Macht aktuelle Bedeutung. Die revolutionären Jahre von 1917 bis 1923 führten folglich auch zur Wiederaufnahme der schon von Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* entwickelten Idee eines Übergangsprogramms sowohl durch Lenin in den *Aprilthesen* (1917) als auch durch Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD (1918/19).

Auf dem III. und IV. Weltkongress der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) wurde endlich der Gedanke eines Übergangsprogramms klar formuliert:

„An Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen...[und] das Proletariat organisieren“.¹

Der Prozess der bürokratischen Degenerierung der Sowjetunion in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts führte zur Aufgabe dieser Strategie von Übergangsforderungen durch die Komintern.

Das Übergangsprogramm von 1938

Erst das *Übergangsprogramm* der IV. Internationale, das auf ihrem Gründungskongress 1938 angenommen wurde, knüpfte an diesem Erbe wieder an: „Die IV. Internationale verwirft nicht die Forderungen des alten ‚Minimal‘-Programms, soweit sie noch ein wenig an Sprengkraft bewahrt haben. Sie verteidigt unermüdlich die demokratischen Rechte der Arbeiter und ihre sozialen Errungenschaften.“²

Aber das Übergangsprogramm fordert auch, die Trennung zwischen Minimal- und Maximalprogramm zu überwinden. Das revolutionäre Programm müsse um ein System von Übergangsforderungen errichtet werden, die aus den täglichen Lebensbedingungen und dem täglichen Bewusstsein breiter



Demo zum Internationalen Frauentag am 8. März 2020 in Paris.

Schichten der arbeitenden Klasse abgeleitet sind und unablässig auf den einen Schluss hinführen: die Machteroberung durch das Proletariat.

Anders ausgedrückt: Der Kern eines Übergangsprogramms ist ein System von Forderungen, die miteinander so verbunden sind, dass sie den Klassenkampf vorantreiben und auf eine höhere Ebene führen können.

Ein Übergangsprogramm beansprucht also, ein politisches Aktionsprogramm zur Mobilisierung der Massen zu sein. Es knüpft an ihrem jeweiligen Bewusstsein an und versucht, über das Lernen aus den eigenen Kampferfahrungen eine Brücke zur Einsicht in die revolutionäre Notwendigkeit zu schlagen – nämlich, dass die „Befreiung der Arbeiterklasse [...] das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“ muss.³

Ein Übergangsprogramm für heute

Ein radikaler Bruch mit der herrschenden Logik der Profitmaximierung ist die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Alternative ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Es gibt keine Abkürzungen und Wundermittel auf dem langen und oft mühseligen Weg zum Aufbau einer sozialistischen Alternative. Weder das Hoffen auf Linksentwicklungen in Parteien, die dem bürgerlichen Parlamentarismus und den gut dotierten Zwängen der Sphäre der Berufspolitik verpflichtet sind, noch das Kopieren von Parteaufbaukonzepten aus anderen Ländern oder das Zusammendenken von kleinen, sich radikal gebenden Gruppen ohne soziale Verankerung und praktische Klassenkampferfahrung und schon gar nicht der Glaube an die revolutionäre Kraft des geschriebenen Wortes an sich.

Nur die gemeinsame Beteiligung von revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten am Aufbau einer wirksamen außerparlamentarischen Opposition gegen die Krisenpolitik der Herrschenden, die geduldige Verankerung in den bewussteren Sektoren der arbeitenden Klasse und die Offenheit für die Entwicklungsmöglichkeiten radikaler Organisationen und Blöcke wird reale Schritte zur Veränderung der Kräfteverhältnisse ermöglichen.

Ein Übergangsprogramm für das 21. Jahrhundert ist hierfür unabdingbar.

1. *Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, Hamburg 1921, S. 47 (Hervorhebung des Verf.).

2. „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale“ (Das Übergangsprogramm); in: Wolfgang Alles (Hg.), *Die Kommunistische Alternative*, Texte und Dokumente der Linken Opposition und IV. Internationale 1932 und 1985, Frankfurt/Main 1989, S. 65.

3. Karl Marx / Friedrich Engels, [„Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a.“], [17. / 18. September 1879]; in: MEW Bd. 19, Berlin 1972, S. 165.

* [Dieser Artikel ist der Online-Ausgabe von *Inprekorr*, Nr. 6 / 2013 (November / Dezember 2013) entnommen. Er wurde für die Theoriebeilage von *Avanti*² leicht überarbeitet.] ■

Kapitalismus, Chaos und Corona 2.0

Was tun?

SEKRETARIAT DER ISO

Es Schaukelt sich etwas hoch. Die Angriffe der Herrschenden auf die arbeitende Klasse werden massiver. Das Chaos der prokapitalistischen Politik nimmt zu. Die hetzerische Aggressivität der Rechten, der Nazis und Verschwörungsjünger*innen wächst. Zudem hat eine zweite Welle der COVID-19-Pandemie begonnen.

Vor dieser düsteren Kulisse stellt sich umso dringender die Frage: Was tun? Alle, die mit diesen gefährlichen Entwicklungen nicht einverstanden sind, sollten wirksame Antworten suchen und daraus gemeinsame Vorschläge für den Aufbau einer breiten, bereichsübergreifenden Gegenwehr entwickeln. Dazu ist eine politische Perspektive im Interesse der großen Mehrheit, im Interesse der arbeitenden Klasse zwingend erforderlich.

In ihrem Zentrum sollte deshalb ein Aktionsplan öffentlicher Aufgaben und Maßnahmen sein. Er ist demokratisch zu entwickeln und durchzusetzen. Entscheidend ist dabei die Erringung gesellschaftlicher Kontrolle über die Konzernzentralen als Knotenpunkte wirtschaftlicher und damit letztlich auch politisch, medial, ökologisch und sozial wirksamer Macht.

Unsere Antworten

Dem Klassenkampf von oben kann nur effektiv begegnet werden, wenn es gelingt, eine breite und konsequente Bewegung von unten zu entwickeln. Immerhin gibt es dafür in der letzten Zeit verstärkt positive Ansätze.

1. Die Warnstreiks im Öffentlichen Dienst haben gezeigt, dass Arbeitskämpfe auch in Zeiten der Pandemie möglich sind. Sie hatten mehr uneingeschränkte und praktische Solidarität verdient. Die Kooperation von ver.di, Fridays for Future und anderen bei der Auseinandersetzung um den Tarifvertrag Nahverkehr (TVN) ist ein wichtiger Schritt in eine begrüßenswerte Richtung gewesen. Der leider jetzt von der allgemeinen Tarifrunde des Öffentlichen Diensts abgekoppelte Streit um den TVN erfordert umso mehr die Solidarität aller, die eine Verkehrswende wollen.
2. Die provokante Verhandlungsführung der Gegenseite im Öffentlichen Dienst kam nicht zufällig. Der Konflikt um einen neuen Tarifvertrag war nicht nur für ver.di selbst, sondern auch darüber hinaus von großer klassenpolitischer Bedeutung. Die anfangs brüske Zurückweisung der zentralen Gewerkschaftsforderung für die 2,3 Millionen Beschäftigten – 4,8 % mehr Entgelt, mindestens aber 150 Euro pro Monat bei einer Laufzeit von 12 Monaten – hat für sich gesprochen. Der jetzt vereinbarte Tarifabschluss bedeutet für die meisten Kolleginnen und Kollegen eine – wenn überhaupt – nur sehr kleine Reallohnsteigerung und für die Gewerkschaft die Aussetzung der Tarifpolitik für 28 Monate. Dieses schwache Ergebnis droht auch Auswirkungen auf die Anfang 2021 anstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie zu

haben, dem bedeutendsten industriellen Sektor des Landes.

3. Der Kampf gegen die Pandemie ist angesichts der zweiten Welle wieder in den Fokus des Geschehens gerückt. Wirksamer, gesetzlich garantierter Gesundheitsschutz für alle muss deshalb auch an erster Stelle stehen. Er hat die Aufgabe, in einem kontrollierbaren Kreislaufprozess die Ursachen von Gesundheitsgefährdungen ganzheitlich zu bekämpfen. Aufklärung der Bevölkerung und Prävention sind dabei vorrangig. Nach wie vor fehlen aber eine systematische und kontinuierliche Unterweisung aller sowie eine praktische Einübung der einfachen AHA-Regeln, die bereits ein dreijähriges Kind verstehen und umsetzen kann. Nach wie vor fehlen kostenlose und wirksame Schutzmasken für alle.
4. Vor allem müssen sofort alle Beschäftigten in Bildungs-, Dienstleistungs-, Gesundheits-, Handels-, Industrie-, Pflege-, und Verkehrsbereichen unter strikter Durchsetzung der seit 1996 geltenden gesetzlichen Arbeitsschutzvorschriften wirksam geschützt werden.
5. Die neuen pauschalisierenden Corona-Verordnungen zeigen, wie sehr sich die Herrschenden und ihre Politik bedingungslos für den Aufschwung der Profite im Dienst des Großkapitals einsetzen. Aber sie haben die Zeit nicht genutzt, um die offenkundigen und schwerwiegenden Mängel beim Gesundheitsschutz seit Beginn der Pandemie grundlegend zu beheben (ausreichendes, qualifiziertes Personal für den Pflegebereich – insbesondere für die Intensivstationen – und für die Gesundheitsämter, gesellschaftlich kontrollierte und nicht profitorientierte Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen ...). Sie haben zudem versäumt, den Bildungsbereich technisch,



Kundgebung am 1. Mai 2020 in Mannheim.

organisatorisch und personell besser auszustatten, um sicheren Unterricht auch im Herbst und Winter gewährleisten zu können.

6. Die Herrschenden reagieren stattdessen mit einem chaotischen Flickenteppich von oft wirkungslosen und daher unsinnigen „Maßnahmen“ („Beherbergungsverbot“, Verbot kultureller Veranstaltungen ...), die sie auf dem Verordnungsweg durchsetzen. Dabei reduzieren sie nebenbei die zahlreichen gewählten Abgeordneten noch mehr zu teuer bezahlten Statistinnen und Statisten, demontieren die „Herzkammer“ der parlamentarische Demokratie und schränken wesentliche Rechte unter dem Vorwand des Kampfes gegen COVID-19 ein. Dem gilt es entgegenzutreten, indem wir die Grund- und Menschenrechte verteidigen und Initiativen für direkte und aktivierende Demokratie entwickeln. Eine den Interessen der Beschäftigten und Benachteiligten verpflichtete Politik setzt sich für den Aufbau demokratisch gewählter Komitees in allen Betrieben, Einrichtungen, Orten und Ortsteilen zur Umsetzung und Kontrolle der erforderlichen Gesundheitschutzmaßnahmen ein.
7. Ansätze dafür bilden sich zum Beispiel in der Klima- und Naturschutzbewegung heraus (Hambacher Forst, Dannenröder Wald ...). Es ist seit Jahrzehnten klar, dass eine wirksame Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Naturzerstörung eine grundlegende und umfassende Wende erfordert. Ihr Erfolg hängt davon ab, ob sie die profitgetriebene Logik in praktisch allen wirtschaftlichen Bereichen stoppen und durch eine gesellschaftliche, demokratisch geplante ökologische Neuausrichtung jenseits des Kapitalismus überwinden kann.
8. Gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen muss die Arbeit auf alle verteilt werden – durch die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und mit Personalausgleich in Stufen: 35-Stundenwoche, 30-Stundenwoche usw. Leiharbeit, Werkverträge und alle Formen prekärer Beschäftigung müssen ebenso wie Entlassungen verboten werden.
9. Armut und Wohnungsnot müssen bekämpft werden. Deshalb ist das Existenzminimum aller durch die Krise in Not geratenen Menschen unbürokratisch zu sichern. Ein garantierter Mindestlohn von 15 € und darüber hinaus eine gesellschaftliche Grundsicherung von 1.500 € sind umgehend einzuführen. Das Grundrecht auf Wohnen muss durch die Vergesellschaftung von Grund und Boden vor allem in den Städten sowie das Verbot von Immobilienspekulation und die Enteignung von Wohnungskonzernen durchgesetzt werden.
10. Das Geld für die Finanzierung all dieser und möglicher



Kundgebung am 1. Mai 2020 in Mannheim.

anderer Maßnahmen ist da. Es muss „nur“ von den Reichen und Supereichen, von den Investmentfonds und Konzernen zur Verfügung gestellt werden. Die Aufhebung des „Geschäftsgeheimnisses“ durch die Offenlegung der Firmenkonten bei Unternehmen, die Arbeitsplätze vernichten und Subventionen aus Steuermitteln erhalten, das Aufdecken und das Unterbinden der Mechanismen der „Steuer-Optimierung“ und der Geldwäsche, die Beschlagnahmung der durch Konzerne und Einzelpersonen im Ausland versteckten Milliarden, die direkte Haftung der Konzerne und Fonds für die durch ihre Machenschaften verursachten gesellschaftlichen und ökologischen Schäden, eine Solidaritätssteuer von mindestens 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Million Euro und eine Vermögensteuer von 80 % für alle Einkommen, die das Tausendfache des Durchschnitts betragen – all das wird im Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen und seiner Mitwelt spürbar helfen.

Solidarische Front jetzt!

Entscheidend ist jetzt, die Bündelung und gegenseitige Unterstützung aller gegen die Kapitalinteressen gerichteten Bewegungen zu verstärken. Dies erfordert ein organisiertes und organisierendes Engagement für den Aufbau einer solidarischen Front nicht nur der sozialen Bewegungen, sondern auch der linken und gewerkschaftlichen Organisationen.

Nur so können die herrschenden Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden.

Mehr denn je gilt: Unser Leben oder ihre Profite!

29. Oktober 2020

Bildnachweis

S. 1: Foto: Privat

S. 2: Foto: Photothèque Rouge – Martin Noda, Hans Lucas.

S. 3: Foto: Barbara Straube.

S. 4: Foto: helmut-roos@web.de.

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn



Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim